

Stand: 03.07.2026 12:58:44

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/8242

"Einführung einer verbindlichen Haltungsverordnung für Milchkühe"

---

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/8242 vom 02.10.2025
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/9061 des LA vom 22.10.2025
3. Plenarprotokoll Nr. 65 vom 09.12.2025
4. Beschluss des Plenums 19/11520 vom 15.04.2026
5. Plenarprotokoll Nr. 74 vom 15.04.2026



## Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Paul Knoblach, Mia Goller, Laura Weber, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Dr. Markus Büchler, Patrick Friedl, Barbara Fuchs, Christian Hierneis, Ursula Sowa, Martin Stümpfig** und Fraktion (**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**)

### **Einführung einer verbindlichen Haltungsverordnung für Milchkühe**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

1. sich auf Bundesebene mit Nachdruck für die Einführung einer verbindlichen, bundesweiten Haltungsverordnung zunächst für Milchkühe und dann für Rinder aller Nutzungsrichtungen einzusetzen, um bestehende gesetzliche Lücken im Tierschutzrecht zu schließen,
2. bis zu einer solchen bundesrechtlichen Regelung unverzüglich eigenständige bayerische Leitlinien für Milchkühe auf den Weg zu bringen, die Mindeststandards für die Haltung und die Erfassung von tierbezogenen Indikatoren verbindlich festlegen,
3. bei zu gewährleistenden, flächendeckenden und regelmäßigen Kontrollen der Milchviehbetriebe Verstöße gegen die bayerischen Leitlinien konsequent zu ahnden.

### **Begründung:**

Anders als beispielsweise bei Schweinen oder Hühnern existieren für die 10,5 Millionen Rinder, davon 3,6 Millionen Milchkühe, die in Deutschland gehalten werden, bislang keine spezifischen, bundesweit verbindlichen Bestimmungen in der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung. Lediglich für Kälber bis zum Alter von sechs Monaten ist die Haltung in der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung geregelt.

In Folge des Fehlens verbindlicher Bestimmungen besteht sowohl bei Landwirtinnen und Landwirten als auch bei den zuständigen Veterinärbehörden häufig eine Unsicherheit über die Rechtskonformität von Haltungsbedingungen.

Eine bundesweite Haltungsverordnung, deren Vorgaben auf wissenschaftlichen Erkenntnissen basieren, dient dazu, diese Lücke zu schließen und sicherzustellen, dass die arteigenen Grundbedürfnisse der Tiere in jedem Betrieb erfüllt werden. Die Feststellung von Verstößen gegen das Tierschutzrecht, die derzeit häufig langwierig und aufwendig ist, würde erleichtert und Vorgänge beschleunigt.

Solange es noch keine entsprechende nationale Gesetzgebung gibt, können die Bundesländer entsprechende Regelungen erlassen. So hat das Land Niedersachsen schon im Jahr 2007 Leitlinien für die Milchkuhhaltung veröffentlicht, die seitdem per Erlass gelten. Bayern könnte ebenfalls spezielle Vorgaben für die ca. 22 000 Betriebe, die insgesamt etwa 1 Million Milchkühe halten, erarbeiten.

Dass die Staatsregierung in der Lage ist, eigene Regelungen für den Freistaat zu entwickeln, wenn die Bundesregierung ihren Aufgaben nicht nachkommt, hat die Einführung der Bayerischen Tierschutzleitlinien für die Haltung von Mastriindern und Mutterkühen im Jahr 2022 bewiesen. Bereits hier hat Bayern gezeigt, dass es Regelungsbedarf in der Rinderhaltung sieht.

In bayerischen Leitlinien zur Haltung von Milchkühen sollten u. a. Regelungen zu Liegeflächen, Gangbreiten, Bewegungsflächen, dem Tier-Fressplatz-Verhältnis, Tränken usw. enthalten sein. Außerdem sollten tierbezogene Kriterien und Schwellenwerte aufgeführt sein. Tierschutzrelevante Probleme wie Überbelegung, Technopathien (haltungsbedingte Schäden wie beispielsweise Scheuerstellen, Schwellungen, Hautabschürfungen, oder/und Schleimbeutelentzündungen, die durch ungeeignete Stalleinrichtungen entstehen können), schlechter Ernährungszustand und weitere Defizite können dann leichter erkannt und behoben werden.

Betriebskontrollen, die regelmäßig auf allen Betrieben stattfinden sollen, um Mängel in der Tierhaltung festzustellen, werden durch die definierten Vorgaben objektiver und rascher durchzuführen sein. Werden Verstöße festgestellt, kann die Ahndung ebenfalls schneller erfolgen.

Ziel ist, die bäuerliche Landwirtschaft mit Nutztierhaltung zu erhalten und zukunftsfähig zu gestalten. Betriebe sollten durch Übergangsfristen und die Förderung von notwendigen Umbaumaßnahmen für tiergerechte Haltungssysteme unterstützt werden.

Mit bayerischen Leitlinien kann der Freistaat eine Vorreiterrolle einnehmen und glaubwürdig für mehr Tierschutz in der Landwirtschaft eintreten.



## **Beschlussempfehlung und Bericht**

des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

**Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Paul Knoblach  
u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**  
Drs. 19/8242

**Einführung einer verbindlichen Haltungsverordnung für Milchkühe**

### **I. Beschlussempfehlung:**

Ablehnung

Berichterstatter: **Paul Knoblach**  
Mitberichterstatterin: **Dr. Petra Loibl**

### **II. Bericht:**

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 30. Sitzung am 22. Oktober 2025 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
  - CSU: Ablehnung
  - FREIE WÄHLER: Ablehnung
  - AfD: Ablehnung
  - B90/GRÜ: Zustimmung
  - SPD: ZustimmungAblehnung empfohlen.

**Petra Högl**  
Stellvertretende Vorsitzende

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

### **Abstimmung**

**über Verfassungsstreitigkeiten, Europaangelegenheiten und Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)**

Vorab ist über den Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER und der Abgeordneten der CSU-Fraktion betreffend "Sommermärchen reloaded: Für eine Ausrichtung der Fußball-Europameisterschaft der Frauen 2029 in Deutschland und Bayern" auf Drucksache 19/8678 gesondert abzustimmen. Der federführende Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport hat einstimmig Zustimmung empfohlen. Da die Entscheidung über die Fußball-Europameisterschaft der Frauen jedoch inzwischen gefallen ist und diese 2029 in Deutschland stattfindet, ist auf Antrag der Antragsteller der Antrag für erledigt zu erklären.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist so bei den Fraktionen der GRÜNEN, der SPD, der FREIEN WÄHLER, der CSU und der AfD. Gegenstimmen? – Liegen wohl nicht vor. Enthaltungen? – Auch nicht. Das ist somit beschlossen. Der Antrag ist hiermit für erledigt erklärt worden.

Nun kommen wir zur Gesamtabstimmung über die Verfassungsstreitigkeiten, Europaangelegenheiten und die verbleibenden Anträge. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlage mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die endgültige Abstimmungsliste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens beziehungsweise des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der endgültigen Abstimmungsliste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Gegenstimmen? – Liegen nicht vor. Stimmenthaltungen? – Auch nicht. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte noch darauf hinweisen, dass unter den Tagesordnungspunkten 4 bis 6 wieder drei Wahlen mit Namenskarte und Stimmzettel stattfinden. Ich bitte Sie, die Stimmkartentasche rechtzeitig aus den Postfächern vor dem Plenarsaal abzuholen.

**Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Verfassungsstreitigkeiten, Europaangelegenheiten und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)**

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses  
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen  
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen  
 oder  
 Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss  
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder  
 Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss  
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

**Verfassungsstreitigkeiten**

1. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 20. Oktober 2025 (Vf. 15-VII-25) betreffend  
 Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Art. 82 Abs. 5 Nr. 6 der Bayerischen Bauordnung (BayBO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. August 2007 (GVBl. S. 588, BayRS 2132-1-B), die zuletzt durch die §§ 4 und 5 des Gesetzes vom 25. Juli 2025 (GVBl. S. 254) geändert worden ist

PII-3001-2-39  
 Drs. 19/9200 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für  
 Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.  
 II. Die Klage ist unzulässig, jedenfalls aber unbegründet.  
 III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Dr. Alexander Dietrich bestellt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

2. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 27. Oktober 2025 (Vf. 16-VII-25) betreffend  
Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit  
des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 19 „Sondergebiet  
Abfallverwertung Niernsdorf“ der Gemeinde Hohenkammer vom ?  
(beschlossen am 23. Juni 2020)

PII-3001-2-41  
Drs. 19/9201 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

Der Landtag beteiligt sich nicht am Verfahren.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

### Europaangelegenheiten

3. Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat,  
den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss  
und den Ausschuss der Regionen-EU-Bevorratungsstrategie:  
Stärkung der materiellen Krisenvorsorge der EU  
COM(2025) 528 final  
BR-Drs. 345/25  
Drs. 19/8420, 19/9149 (E) [X]

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und  
Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Landtag nimmt das Vorhaben zur Kenntnis und bittet um  
Berücksichtigung der auf Drs. 19/9149 veröffentlichten Bedenken im  
weiteren Verfahren.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die  
Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss  
der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

4. Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Sport, Jugend

Eine strategische Vision für den Sport in Europa: Stärkung des europäischen Sportmodells

15.09.2025 - 08.12.2025

Drs. 19/8423, 19/9150 (E) [X]

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Bayerische Landtag gibt im Konsultationsverfahren die auf Drs. 19/9150 veröffentlichte Stellungnahme ab.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

5. Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Inneres

Europäische Grenz- und Küstenwache –

Aktualisierung der EU-Vorschriften

21.08.2025 - 27.11.2025

Drs. 19/8525, 19/9151 (G) [X]

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Bayerische Landtag nimmt das Konsultationsverfahren zum Anlass, die auf Drs. 19/9151 veröffentlichte Stellungnahme abzugeben.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

## 6. Konsultationsverfahren der Europäischen Union

## Wettbewerb

Vorschriften über staatliche Beihilfen für den öffentlich-rechtlichen

Rundfunk – Evaluierung

15.10.2025 - 14.01.2026

Drs. 19/8685, 19/9206 (ENTH) [X]

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und  
Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Bayerische Landtag nimmt das Konsultationsverfahren zum Anlass,  
die auf Drs. 19/9206 veröffentlichte Stellungnahme abzugeben.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die  
Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss  
der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

## 7. Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Beschäftigung und Soziales, Forschung und Innovation, Binnenmarkt

Rechtsakt über den Europäischen Forschungsraum

13.10.2025 - 05.01.2026

Drs. 19/8686, 19/9197 (E) [X]

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und  
Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Bayerische Landtag nimmt das Konsultationsverfahren zum Anlass,  
die auf Drs. 19/9197 veröffentlichte Stellungnahme abzugeben.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die  
Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss  
der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ohne	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Die AfD-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Zustimmung**“ zugrunde zu  
legen.

## 8. Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Binnenmarkt

Konsultation zu EU-Vorschriften für die Vergabe

öffentlicher Aufträge – Überarbeitung

03.11.2025 - 26.01.2026

Drs. 19/8818, 19/9198 (ENTH) [X]

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und  
Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Bayerische Landtag nimmt das Konsultationsverfahren zum Anlass,  
die auf Drs. 19/9198 veröffentlichte Stellungnahme abzugeben.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die  
Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss  
der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

## 9. Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Landwirtschaft und ländliche Entwicklung

Sondierung: Ökologische/biologische Produktion –

gezielte Aktualisierungen und Vereinfachung

21.10.2025 - 18.11.2025

Drs. 19/8819, 19/9122 (E) [X]

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und  
Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Bayerische Landtag nimmt das Konsultationsverfahren zum Anlass,  
die auf Drs. 19/9122 veröffentlichte Stellungnahme abzugeben.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die  
Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss  
der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

**Anträge**

10. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Paul Knoblach u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Bericht zu Notfallzulassungen von Insektiziden gegen die Schilf-Glasflügelzikade in Bayern – Risiken, Monitoring und Alternativen  
Drs. 19/7353, 19/9054 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Andreas Hanna-Krahl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Schutz durch Sichtbarkeit – Gewalt gegen medizinisches Personal erkennen und begegnen – Fachgespräch zum Handlungsbedarf  
Drs. 19/7465, 19/9184 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Ralf Stadler, Harald Meußgeier und Fraktion (AfD)  
Berichtsantrag zu den Perspektiven des Anlagenbestands landwirtschaftlicher Betriebe im Bereich Biogas und Biomethan  
Drs. 19/7628, 19/9055 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

13. Antrag der Abgeordneten Harald Meußgeier, Gerd Mannes, Christin Gmelch und Fraktion (AfD)  
Biodiversität stärken I: Waldbeweidung fördern!  
Drs. 19/7798, 19/9056 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

14. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Harald Meußgeier, Christin Gmelch und Fraktion (AfD)  
Aufklärung über Auswirkungen der Vorgaben zu Gewässerrandstreifen  
Drs. 19/7807, 19/9057 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Harald Meußgeier, Gerd Mannes und Fraktion (AfD)  
Landwirte bei artgerechten Schlachtmethoden stärker unterstützen:  
Überregionales Siegel „Stressfreie Schlachtung“ einführen!  
Drs. 19/7841, 19/9058 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

16. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Martin Böhm, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)  
Förderung für das „Modellprojekt Äthiopische Fachkräfte  
für den bayerischen Arbeitsmarkt“ einstellen  
Drs. 19/7931, 19/9190 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und  
Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

17. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Gerd Mannes, Harald Meußgeier und Fraktion (AfD)  
Expertenanhörung zur Wettbewerbsfähigkeit der bayerischen kleinbäuerlichen Landwirtschaft  
Drs. 19/8106, 19/9059 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

18. Antrag der Abgeordneten Roland Magerl, Elena Roon, Franz Schmid u.a. und Fraktion (AfD)  
Expertenanhörung zur Zunahme von Entwicklungsstörungen und Verhaltensauffälligkeiten bei Kindern in Bayern: Ursachen, Bundesdurchschnitt und Wirksamkeit von Maßnahmen  
Drs. 19/8205, 19/9127 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

19. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Gerd Mannes, Johannes Meier und Fraktion (AfD)  
„Urlaub dahoam“ – Vergünstigungen für einheimische Besucher statt neuer Abgaben  
Drs. 19/8211, 19/9060 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

20. Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier u.a. und Fraktion (AfD)  
Situation, Förderung und Ausbau kommerzieller familienorientierter Freizeit- und Bildungszentren in Bayern  
Drs. 19/8238, 19/9135 (A)

**Über den Antrag wird gesondert beraten.**

21. Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)  
Systematische Beobachtung guter Praxis und Leistungsvergleiche zur Stärkung von Bürokratieabbau und Verwaltungsmodernisierung in Bayern  
Drs. 19/8239, 19/9137 (A)

**Über den Antrag wird gesondert beraten.**

22. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Paul Knoblach u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Einführung einer verbindlichen Haltungsverordnung für Milchkühe  
Drs. 19/8242, 19/9061 (A)

**Über den Antrag wird gesondert beraten.**

23. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Dieter Arnold, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)  
Restriktive Einbürgerungspraxis in Bayern – Schutz der Staatsangehörigkeit durch Transparenz und strenge Prüfung  
Drs. 19/8246, 19/9124 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

24. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Martin Böhm, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)  
Die Förderung von Projekten in Tunesien an die Rücknahmebereitschaft für eigene Staatsbürger knüpfen  
Drs. 19/8249, 19/9189 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und  
Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

25. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD  
Verbraucherinnen und Verbraucher vor gepanschem Honig schützen – regionale Imkerei stärken  
Drs. 19/8275, 19/9128 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

26. Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD  
Bayernweite Verbleibstudie für Pflegeauszubildende und Pflegefachkräfte – Evidenzbasierte Grundlagen für die Pflegepolitik schaffen  
Drs. 19/8282, 19/9185 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

27. Antrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Arif Taşdelen, Christiane Feichtmeier u.a. SPD  
Starkes Bayern – Attraktiver öffentlicher Dienst!  
Drs. 19/8369, 19/9181 (A)

**Über den Antrag wird gesondert beraten.**

28. Antrag der Abgeordneten Harry Scheuenstuhl, Christiane Feichtmeier, Holger Grießhammer u.a. SPD  
Kommunen stärken: Nachhaltige Verbesserung der Finanzen für unsere Gemeinden, Städte, Landkreise und Bezirke  
Drs. 19/8370, 19/9129 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

29. Antrag der Abgeordneten Harald Meußgeier, Christin Gmelch, Gerd Mannes und Fraktion (AfD)  
Ausbreitung von Waschbären in Bayern  
Drs. 19/8371, 19/9130 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

30. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Laura Weber u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Hotspots frühzeitig identifizieren – Systematisches Monitoring für Böden, Gewässer und Trinkwasser auf Belastung mit PFAS und anderen Ewigkeitschemikalien  
Drs. 19/8380, 19/9131 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

31. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Paul Knoblach u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Keine Langstreckentransporte von Schlachthennen – tiergerechte Schlachtstätten in Bayern  
Drs. 19/8381, 19/9132 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

32. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Christian Zwanziger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Seilbahnförderprogramm den Anforderungen eines nachhaltigen Tourismus anpassen  
Drs. 19/8382, 19/9062 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

33. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Harald Meußgeier und Fraktion (AfD)  
Stromerzeugung in der Entwaldungsverordnung verankern –  
Die bayerischen Wälder dürfen nicht beliebig abgeholzt werden!  
Drs. 19/8386, 19/9063 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

34. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Sanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Musikalische Bildung sichern – Personal- und Betriebskosten  
realistisch abbilden  
Drs. 19/8399, 19/9084 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

35. Antrag der Abgeordneten Arif Taşdelen, Holger Griebhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD  
Schutzkonzepte konsequent weiterentwickeln – Aktueller Sachstand zu Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst in Bayern  
Drs. 19/8408, 19/9182 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

36. Antrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Arif Taşdelen, Harry Scheuenstuhl u.a. SPD  
Stärkung der Personalausstattung in der Steuerverwaltung – Für einen umfassenden und gerechten Steuervollzug in Bayern!  
Drs. 19/8411, 19/9134 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

37. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Jürgen Mistol u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Staatliche Liegenschaftspolitik neu ausrichten – Vorrang für Erbpacht und nachhaltige Nutzung sichern  
Drs. 19/8412, 19/9142 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

38. Antrag der Abgeordneten Arif Taşdelen, Holger Gießhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD  
Förderung des Vereinssports in Bayern soll olympiareif werden! – Bericht über Möglichkeiten einer verbesserten und effektiveren Förderung der Sportvereine  
Drs. 19/8419, 19/9114 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

39. Antrag der Abgeordneten Markus Striedl, Katrin Ebner-Steiner, Benjamin Nolte u.a. und Fraktion (AfD)  
Berücksichtigung des bayerischen Tourismus bei der Gestaltung des Fahrplans der Deutschen Bahn  
Drs. 19/8436, 19/9028 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

40. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Sanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Digitale Giganten beteiligen:  
Unterstützung für regionale Medien durch Plattform soli  
Drs. 19/8439, 19/9139 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,  
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

41. Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)  
ESG-Bürokratieirrsinn beenden – Bayerische Unternehmen von unnötigen Berichtspflichten entlasten  
Drs. 19/8445, 19/9140 (A)

**Über den Antrag wird gesondert beraten.**

42. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Hängepartie beenden – Agri-PV endlich freigeben  
Drs. 19/8446, 19/9141 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

43. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Holger Griebhammer, Anna Rasehorn, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)  
Schutz des Tiefengrundwassers in Bergen –  
Einhaltung der rechtlichen Vorgaben durchsetzen  
Drs. 19/8466, 19/9133 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

44. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)  
Nein zum digitalen Euro – Ja zur Freiheit beim Bezahlen  
Drs. 19/8467, 19/9188 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

45. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Harald Meußgeier, Christin Gmelch und Fraktion (AfD)  
Deindustrialisierung durch CO<sub>2</sub>-Emissionshandel und Energiewende verhindern – Chemische Industrie in Bayern erhalten!  
Drs. 19/8492, 19/9143 (A)

**Über den Antrag wird gesondert beraten.**

46. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Tobias Beck u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Jürgen Baumgärtner, Martin Wagle, Konrad Baur u.a. CSU  
Dem Pilotenmangel entgegenwirken –  
für eine Flexibilisierung der starren Altersgrenze!  
Drs. 19/8493, 19/9029 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

47. Antrag der Abgeordneten Benjamin Nolte, Ulrich Singer, Ferdinand Mang und Fraktion (AfD)  
Künstliche Intelligenz in Bayern: Forschungsbericht über weitere Einsatzmöglichkeiten, deren Risiken und wissenschaftliche Erkenntnisse  
Drs. 19/8499, 19/9144 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,  
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

48. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Martin Böhm, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)  
Die Migrationswende hinsichtlich Syriens umsetzen –  
Die weitere Aufnahme stoppen und die Rückkehr vorantreiben  
Drs. 19/8520, 19/9125 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

49. Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)  
Behördengänge für „Offliner“ auch in Zukunft analog ermöglichen!  
Drs. 19/8535, 19/9115 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

50. Antrag der Abgeordneten Alexander Flierl, Kerstin Schreyer, Bernhard Seidenath u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Marina Jakob u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Beschleunigung der Neugenehmigungen bestehender Wasserkraftanlagen in Bayern  
Drs. 19/8558, 19/9136 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ohne

Die SPD-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Zustimmung**“ zugrunde zu legen.

51. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Nikolaus Kraus u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Alexander Flierl, Tanja Schorer-Dremel, Volker Bauer u.a. CSU  
Schutz heimischer Imker – Billigimporte von Honig weiterhin wirksam bekämpfen und Qualitätsstandards sichern  
Drs. 19/8559, 19/9138 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

52. Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Holger Gießhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD  
Situation der Vereinigung der Pflegenden in Bayern (VdPB) –  
Registrierung und strukturelle Probleme  
Drs. 19/8565, 19/9186 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

53. Antrag der Abgeordneten Alfred Grob, Holger Dremel, Bernhard Seidenath u.a. CSU,  
Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Heinisch u.a.  
und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Wissenschaftliche Untersuchung zur Bedarfsfeststellung  
einer Randzeitemausweitung an ausgewählten  
Rettungstransporthubschrauber-Standorten  
Drs. 19/8591, 19/9116 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

54. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath,  
Tanja Schorer-Dremel, Thomas Huber u.a. CSU,  
Florian Streibl, Felix Locke, Wolfgang Hauber u.a.  
und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
„Partydroge“ Ketamin  
Drs. 19/8592, 19/9187 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

55. Antrag der Abgeordneten Alfred Grob, Holger Dremel, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Christian Lindinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Christiane Feichtmeier, Arif Taşdelen, Holger Griebshammer u.a. und Fraktion (SPD)  
Nachwuchs für unsere Bayerische Polizei sichern: Mindestalter überprüfen  
Drs. 19/8593, 19/9183 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

56. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Anna Rasehorn, Holger Griebshammer, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)  
Expertenanhörung zur Novelle des Wassergesetzes der Staatsregierung  
Drs. 19/8601, 19/9180 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

57. Antrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Florian Köhler und Fraktion (AfD)  
Verkehrsbehinderungen und Polizeieinsätze im Zusammenhang mit Hochzeitskorsos in Bayern seit 2019  
Drs. 19/8616, 19/9117 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

58. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Heinisch u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Holger Dremel, Prof. Dr. Winfried Bausback, Norbert Dünkel u.a. CSU Sommermärchen reloaded: Für eine Ausrichtung der Fußball-Europameisterschaft der Frauen 2029 in Deutschland und Bayern  
Drs. 19/8678, 19/9118 (E)

**Über den Antrag wird einzeln abgestimmt.**

59. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Heinisch u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Holger Dremel, Prof. Dr. Winfried Bausback, Norbert Dünkel u.a. CSU Moderne Technik für mehr Effizienz im Einsatz:  
Bericht über den Einsatznutzen von Löschrobotern  
Drs. 19/8679, 19/9119 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>



## Beschluss

### des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Antrag** der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Paul Knoblach, Mia Goller, Laura Weber, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Dr. Markus Büchler, Patrick Friedl, Barbara Fuchs, Christian Hierneis, Ursula Sowa, Martin Stümpfig** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 19/8242, 19/9061

### **Einführung einer verbindlichen Haltungsverordnung für Milchkühe**

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

**Tobias Reiß**

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Paul Knoblach

Abg. Dr. Petra Loibl

Abg. Christin Gmelch

Abg. Ulrike Müller

Abg. Ruth Müller

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Ich rufe **Tagesordnungspunkt 8** auf:

**Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Paul Knoblach u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

**Einführung einer verbindlichen Haltungsverordnung für Milchkühe  
(Drs. 19/8242)**

Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Herrn Kollegen Paul Knoblach, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, das Wort.

**Paul Knoblach (GRÜNE):** Sehr geehrtes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen! Mit unserem grünen Antrag "Einführung einer verbindlichen Haltungsverordnung für Milchkühe" verfolgen wir ganz klar das Ziel, Verbesserungen für Mensch und Tier herbeizuführen. Bisher – das ist tatsächlich keine beckmesserische Feststellung – ist nicht sicher: Was zeichnet einen Milchviehstall als Milchviehstall aus? Es ist tatsächlich äußerst dünn nur im allgemeinen Tierschutzgesetz zu fassen. Das halten wir für zu wenig. Bei einigen anderen Nutztierarten gehen wir anders vor; das macht der Bund, zum Teil machen das aber auch die Bundesländer und auch Bayern. Wir meinen, es ist also hoch an der Zeit, eine verbindliche Haltungsverordnung für Milchkühe einzubauen.

Aus Zählungen wissen wir, von den 10,5 Millionen Rindern in Deutschland leben 1 Million Milchkühe und 1,7 Millionen Jung- und Mastrinder in Bayern. Es gibt keinen Grund, sich darüber zu beklagen. Ich finde das prima. Bayern ist das Milchland in Deutschland. Das ist eine gute Sache, aber es erlegt uns auch Pflichten auf.

Infolge fehlender Bestimmungen gibt es genau deshalb bei Landwirtinnen und Landwirten sowie Veterinärbehörden Unsicherheiten über die Rechtskonformität solcher Haltungseinrichtungen. Diese Regelungslücken erschweren den Stallbau, sie führen zu Auslegungsfragen und manchmal auch zu hitzigen Diskussionen bei Veterinärkontrollen in diesen Betrieben. Die Staatsregierung ist in der Lage, eigene Bestimmungen

zu entwickeln, solange die Bundesregierung dieser Aufgabe nicht nachkommt, und das ist leider bisher der Fall. Auch frühere Bundesregierungen haben das unterlassen.

Das gute Beispiel für solche Leitlinien der Staatsregierung für die Haltung von Mastrindern und Mutterkühen aus dem Jahr 2022 liegt uns vor. Die Bayerische Staatsregierung hat genau diese erlassen, eben für die Nutztierarten "Mastrind" und "Mutterkuh". Das ist gut so. Ähnliches sollte uns hier in Bayern jetzt auch bei Milchkühen möglich sein. Unser Hauptziel ist die Erhaltung der bäuerlichen Landwirtschaft mit ihrer Nutztierhaltung hier bei uns.

Die von uns geforderte Haltungsverordnung soll auf Betreiben Bayerns vom Bund aufgestellt werden. Bis es so weit ist, muss dieser Haltungsverordnung sozusagen vorgegriffen oder sie dadurch ersetzt werden, dass unsere Bayerische Staatsregierung eben auch Leitlinien für die Haltung von Milchkühen erlässt. Haltungsverordnung wie Leitlinien schaffen Sicherheit mit Rechtskraft für den Stallbau wie auch für die Veterinärkontrollen und ebenfalls für die Bäuerinnen und Bauern. Bayern würde damit zum Vorreiter. Gewinnen würden Mensch und Tier. Ich bitte Sie deshalb um Ihre Zustimmung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Vielen Dank, Herr Kollege Knoblach.  
– Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Dr. Petra Loibl für die CSU-Fraktion.

**Dr. Petra Loibl (CSU):** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Uns liegt eine moderne und tiergerechte Haltung von gesunden, leistungsbereiten Milchkühen sehr am Herzen. Wir alle hier im Plenarsaal haben doch dasselbe Ziel, nämlich unsere Landwirtinnen und Landwirte bei einer tierwohlorientierten Haltung nicht nur der Milchkühe bestmöglich zu unterstützen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dieses Ziel erreichen wir aber nicht, wie von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gefordert, mit einer verbindlichen Haltungsverordnung. Außerdem, liebe Kolleginnen und Kollegen der GRÜNEN, Ihr Bundeslandwirtschaftsminister in der Zeit von 2021 bis 2025 hätte diese Rechtslücke, wie Sie es in Ihrem Antrag formulieren, längst füllen können. Er hat es nicht gemacht. Ja, aber das war ja nicht zum Schaden unserer Landwirte; denn wir finden: Eine verbindliche Haltungsverordnung ist realitätsfern, für viele Betriebe nicht praktikabel und streut zudem Unsicherheit bei den Landwirten. Die Landwirtschaft steht heute vor enormen Herausforderungen: steigende Kosten, zunehmender Wettbewerbsdruck und immer neue Auflagen. Denken wir gerade an die neuen Pflanzenschutz-Aufzeichnungsvorgaben.

Gerade unsere Milchviehhalter leisten Tag für Tag harte Arbeit, verantwortungsvoll, fachkundig und mit großem Engagement für das Tierwohl. Starre, verpflichtende Vorgaben treffen doch insbesondere unsere kleinen Familienbetriebe hart.

(Beifall des Abgeordneten Michael Hofmann (CSU))

Sie würden nicht nur unsere bayerischen Tierhalter noch zusätzlich benachteiligen, sondern auch Stallneubauten und Stallumbaumaßnahmen deutlich verzögern, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Tierwohl lässt sich nicht allein durch gesetzliche Mindeststandards definieren. Entscheidend ist doch die tägliche Praxis im Stall, und da leisten unsere Bäuerinnen und Bauern bereits heute hervorragende Arbeit. Pauschale Unterstellungen und Misstrauen gegenüber der Landwirtschaft sind daher absolut fehl am Platz.

Wir wollen auch immer wieder zu einer Verbesserung der Tierhaltung beitragen. Nichts ist zu hundert Prozent perfekt, da sind wir uns einig. Aber wir legen den Fokus auf freiwillige Maßnahmen, auf Förderung, auf Kooperation statt auf neue Bürokratie.

Im Übrigen dürfen wir die wirtschaftlichen Folgen nicht außer Acht lassen. Was haben wir denn davon, wenn die Betriebe abwandern, ihre Stalltüren schließen und die Produktion in andere Länder mit deutlich geringeren Tierwohlstandards verlagert wird? Das kann doch wohl nicht in unserem Interesse sein.

Eine Regelungslücke – und da kommt jetzt die ehemalige Amtstierärztin wieder durch – besteht natürlich nicht. Wir haben ein gültiges Tierschutzgesetz, wir haben den § 2, die sogenannte Tierhalternorm, nach der wir Rechtsverstöße im Tierschutz ahnden können. Zugrunde liegen dieser Tierhalternorm im Bereich des Milchviehs Leitlinien, die es bereits gibt, in Niedersachsen, von der TVT, vom LGL. Lieber Kollege Knoblach, alleine aufgrund von nicht rechtsverbindlichen Leitlinien kann man keine Haltung ahnden. Man braucht immer diesen § 2 dazu und kann unterstützend Leitlinien zugrunde legen, die wir aber im Milchviehbereich bereits haben.

Noch kurz zu meinen früheren Kolleginnen und Kollegen: Sie verfügen über die fachliche Kompetenz, über die Erfahrung und wissen genau, wann eine Kuh artgerecht untergebracht ist oder ob sie nicht artgerecht untergebracht ist.

Zu den Tierhaltern: Wir haben eine Vorgabe in dieser Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung, um die es hier geht, zur Eigenkontrolle und zur Dokumentation, in § 4 Absatz 2. Der Landwirt weiß also sehr wohl, worauf er achten muss und welche Vorgaben er erfüllen muss.

Zum Thema Kooperation und Förderung, das ich eingangs erwähnte, haben wir umfangreiche Planungsdaten im Bereich des Stallbaus, die zugrunde gelegt werden können. Wir haben Leitfäden, Tierschutzindikatoren der KTBL, wir haben eine Tierwohl-App des LKV, und wir haben gut besuchte und gut bewertete Schulungen zum Thema Kuhsignale, die dem Landwirt konkrete Tipps und smarte Hilfestellungen geben. Das wirkt doch schneller als eine starre, zusätzliche gesetzliche Vorgabe, meine Damen und Herren.

Außerdem geht es uns um die Sicherung der Ernährungssouveränität. Wir wollen doch die Landwirte halten, wie ich eingangs erwähnt habe. Wenn man auf Bundesebene etwas tun kann, dann ist das die Verbesserung der Bauvorgaben im Außenbereich, ich nenne die TA Luft. Diese bürokratischen Hemmnisse herunterzuschrauben – daran arbeiten wir.

Wir tun in Bayern sehr viel in Sachen Bildung, Ausbildung und Beratung. Ich verweise auf den Zukunftsvertrag, ich verweise auf die produktionstechnische Beratung mit 60 Euro pro Beratungsstunde. Ich erwähne den Tiergesundheitsdienst, der unseren Landwirten beratend, unterstützend im tiermedizinischen Bereich zur Verfügung steht. Wir haben hervorragende Versuchseinrichtungen, Versuchsstallungen, in denen genau zum Thema Tierwohl und umweltgerechte Haltungsformen geforscht wird. Wir haben passende Investitionsförderung. Rechnerisch bringen wir jeden Tag einen Tierwohl-Stall ans Netz. Pro Jahr werden Fördermittel in Höhe von knapp 70 Millionen Euro bereitgestellt.

Zum Schluss: Keinesfalls tolerieren wir Tierschutzverstöße, wir wollen sie auch gar nicht irgendwie kleinreden. Jeder festgestellte Verstoß gegen geltendes Recht wird konsequent geahndet. Das ist so, und das wird weiterhin so sein. Die berühmten schwarzen Schafe gibt es in jeder Branche, und diese schwarzen Schafe dürfen nicht den gesamten Berufsstand in Misskredit bringen. Oftmals – wir diskutieren das in den Ausschüssen – steckt hinter diesen Tierschutzverstößen auch menschliches Leid. Da müssen wir auch hinschauen und helfen.

Unsere Haltung ist also klar: Wir brauchen keine verbindliche Haltungsvorgabe auf Bundesebene, wir brauchen keine weitere bayerische Leitlinie. Wir haben bessere Rezepte zur Weiterentwicklung der Haltungsbedingungen, und aus diesem Grund werden wir dem Antrag der GRÜNEN im Sinne der Sicherung unserer landwirtschaftlichen Familienbetriebe nicht zustimmen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Vielen Dank, Frau Kollegin Dr. Loibl.  
– Es gibt eine Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Paul Knoblach, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Paul Knoblach (GRÜNE):** Sehr geehrte Frau Dr. Petra Loibl, ich schätze Ihre Fachexpertise, das betone ich immer wieder, und das tue ich auch heute gern. Umso mehr bin ich halt gelegentlich erstaunt über Ihre Einschätzung, so wie auch heute, aber damit will ich mich jetzt nicht länger aufhalten.

Ich habe eine Frage: Sie wissen wie ich, dass alle tierärztlichen Verbände Deutschlands, Bayerns, ganz klar eben dieselbe Meinung vertreten: Entweder gibt es eine Tierschutz-Nutztierhaltungsordnung auch für Milchkühe – man zählt sie leider zu einer der vergessenen Tierarten, Sie kennen diesen Begriff –, oder das Land Bayern erlässt – und das könnte es auch selbst, wie andere Bundesländer das bereits tun – an deren Stelle Leitlinien. Da geht es noch lange nicht um Vorwürfe oder Ähnliches. Das habe ich ja auch nicht getan.

Sie wissen – ich sage es noch mal –, dass alle tierärztlichen Verbände und Zusammenschlüsse genau das fordern. Sie sind selbst Amtstierärztin. Was bringt Sie auf den Gedanken, dass die alle unrecht haben?

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Dr. Petra Loibl (CSU):** Lieber Kollege Knoblach, genauso wenig wie Sie von Verurteilung der Landwirte gesprochen haben, genauso wenig habe ich davon gesprochen, dass die Tierärzte nicht recht haben. Ich kann die Beweggründe meiner Berufskollegen nachvollziehen. Wenn ich eine klare, starre Vorgabe habe – Tier-Fressplatz-Verhältnis, Quadratmeter pro Liegefläche –, dann messe ich, dann dokumentiere ich, dann bin ich nicht mehr angreifbar vor Gericht.

Unsere Aufgabe als Politiker ist es doch, hier das große Ganze und unsere Landwirte im Blick zu haben. Hat ein Amtstierarzt die starre Vorgabe, muss er auch messen.

Dies führt dazu, dass er, obgleich es der Kuh oder den Kühen sichtlich gut geht, es trotzdem beanstanden muss, wenn die Liegefläche um zehn Quadratzentimeter zu klein ist. Das wollen wir so nicht.

(Beifall bei der CSU – Michael Hofmann (CSU): Sehr gut!)

Ich sehe mich hier auch ein Stück weit als Vertreter der Landwirte. Es ist unsere Aufgabe als Politiker, das große Ganze zu sehen.

(Beifall bei der CSU)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Danke, Frau Dr. Loibl. – Für die AfD-Fraktion hat Frau Abgeordnete Gmelch das Wort.

(Beifall bei der AfD)

**Christin Gmelch (AfD):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Liest man den Antrag der GRÜNEN, könnte man fast meinen, in unseren Ställen herrsche rechtsfreier Raum. Das Gegenteil ist aber der Fall. Unsere Landwirte arbeiten seit Generationen verantwortungsvoll mit ihren Tieren, nicht deswegen, weil es irgendwo vorgeschrieben ist, sondern weil es ihre Existenz sichert. Eine Kuh, die schlecht gehalten wird, gibt keine Leistung und damit auch keinen Ertrag. Das weiß jeder Praktiker. Aber zu dieser Kategorie gehören die Antragsteller offenbar nicht.

Schauen wir uns den Antrag genauer an.

Erstens. Eine bundesweite Haltungsverordnung klingt erst einmal harmlos, ist aber in der Praxis nichts anderes als eine weitere Gängelung der Landwirte, die ohnehin schon immer mehr Zeit für Papierkram aufwenden müssen, statt sich um ihre eigentliche Arbeit zu kümmern. Noch mehr Vorschriften, noch mehr Dokumentation, noch mehr Unsicherheit. Die Erfahrung zeigt klar: Je mehr Regeln es gibt, desto größer sind der Aufwand und das Risiko, am Ende bestraft zu werden.

Zweitens. Sie wollen eigenständige bayerische Leitlinien mit verbindlichen Mindeststandards. Wollen Sie wirklich jeden Stall bis ins letzte Detail von oben durchregeln? Liegeflächen, Gangbreiten und Fressplätze werden heute schon individuell in den Betrieben angepasst. Ein Allgäuer Bergbetrieb funktioniert nun einmal anders als ein größerer Betrieb im Flachland. Wer dies ignoriert, macht Politik am grünen Tisch und blendet die Realität der Landwirte komplett aus.

(Beifall bei der AfD)

Drittens. Mehr Kontrollen und strengere Sanktionen. Das zeigt den eigentlichen Kern dieses Antrags. Hier geht es nicht um Unterstützung, sondern um Misstrauen. Unsere Landwirte brauchen keine flächendeckende Dauerüberwachung. Sie brauchen Planungssicherheit, faire Preise und weniger Auflagen, nicht noch mehr Bürokratie.

Jetzt kommt der entscheidende Widerspruch: Die GRÜNEN schreiben selbst, dass es Unsicherheiten gibt, und ihre Lösung besteht in noch mehr Regeln. Wollen Sie ernsthaft Bürokratie mit noch mehr Bürokratie bekämpfen? Diese Logik erschließt sich mir nicht. Ja, Tierschutz ist wichtig, und ja, schwarze Schafe gibt es überall. Aber dafür haben wir bereits Gesetze, Veterinärämter und Kontrollen. Sie wollen ein System der Überwachung schaffen und alle Betriebe unter Generalverdacht stellen. Genau darauf läuft der Inhalt Ihres Antrages hinaus. Was Sie hier vorlegen, ist ehrlich gesagt typisch grüne Politik: Verbote, Kontrollen, Vorschriften und am Ende natürlich auch Strafen. Es ist immer das gleiche Muster. Erlauben Sie mir noch eine Frage: Haben Sie Orwell als Vorlage genommen? Ich darf daran erinnern, es war lediglich ein Roman und kein Handlungsleitfaden für Politik.

Viele Familienbetriebe stehen aktuell vor der Frage, ob sie weitermachen oder aufhören sollen. Mit jedem neuen Regelwerk wird die Antwort für viele klarer und geht leider in die falsche Richtung. Hier stellt sich die Frage: Wollen Sie das vielleicht sogar? Stichwort Mercosur: Wollen Sie unsere Versorgung ernsthaft immer stärker ins Ausland verlagern, während Sie gleichzeitig unsere eigenen Betriebe immer weiter

belasten? Wer ernsthaft Tierwohl will, muss dafür sorgen, dass es überhaupt noch Bauern gibt.

Zum Schluss sehr deutlich: Alle reden immer von Bürokratieabbau, auch wenn am Ende oft wenig passiert. Sie aber gehen noch einen Schritt weiter. Sie wollen die Bürokratie bewusst weiter ausbauen. Dieser Antrag hilft keinem Tier. Er belastet die Betriebe zusätzlich, auch finanziell. Uns ist unsere heimische Landwirtschaft wichtig. Deshalb lehnen wir diesen Antrag klar ab.

(Beifall bei der AfD)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Das Wort hat Frau Kollegin Ulrike Müller für die FREIEN WÄHLER.

**Ulrike Müller (FREIE WÄHLER):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Von mir zuerst ein paar Zahlen. Ich glaube nicht, dass Sie wissen, wie viele Milchkuhalter wir in Bayern im Jahr 2000 hatten. Es waren 138.500. Bei der letzten Erhebung im November 2025 hatten wir gerade noch 21.676 Milchviehalter und die eine Million Kühe, die Herr Kollege Knoblach genannt hat. Im Durchschnitt sind es also Betriebe mit 45 bis 46 Kühen. Die aktuelle Situation auf den Höfen ist mehr als angespannt. Das brauche ich Ihnen hier nicht zu sagen. Ich möchte trotzdem erwähnen, dass die schlechten Milchpreise plus die hohen Energiekosten und Düngemittelpreise die Landwirte gerade jetzt im Frühjahr vor große Herausforderungen stellen, wenn es um die Bestellung der Flächen geht.

Verbindliche Haltungsverordnungen für Milchkühe auf Bundesebene oder eine zusätzliche Richtlinie aus Bayern würden diese Situation noch verschärfen. Es wird Bürokratie aufgebaut und wird noch mehr Dokumentation gefordert. Ich sage Ihnen eines, mein lieber Herr Kollege: Es würde die Wettbewerbsfähigkeit unserer bayerischen Betriebe massiv schwächen. Hätten wir hier eine Bundesverordnung und würden uns im europäischen Wettbewerb schlechterstellen, wäre dies vielleicht löblich, würde für die Landwirte aber nur Bürokratie schaffen und uns im internationalen und europäischen

Markt nicht weiterhelfen. Wir hatten die Anhörung zum Tierwohl, zu den Verstößen. Wir haben alle gehört, dass hinter jedem Tierleid auch Menschenleid steht. Ich sage Ihnen sehr deutlich: Auch wir wollen diese Verstöße natürlich ahnden. Wir müssen genau hinsehen, um diese früher zu erkennen und den Landwirten zu helfen. Mit der aufsuchenden Hilfe, den Beratungen und den Selbsthilfeeinrichtungen bringen wir Teile auf den Weg.

Die Gründe, warum wir diese Haltungsverordnung ablehnen, sind für mich klar: Wir haben das Tierschutzgesetz, die Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung, die Dokumentation über den Viehverkehr, die Aufzeichnungspflicht für Tierarzneimittel und die Milchgüteverordnung, durch die täglich Milchproben untersucht werden. Nur eine gesunde Kuh hat Milchproben von bester Qualität. All diese Daten liegen vor. Wir haben im Bereich der Investitionsförderung klare Vorgaben zu Boxengrößen, Laufbreiten von Wegen und flächenumbautem Raum. Nicht ohne Grund sind die Kosten für einen Kuhstellplatz jetzt ins Uferlose auf fast 18.000 Euro je Kuhstellplatz gestiegen, was sich ein kleiner Bauer in keiner Weise mehr leisten kann. Dazu gibt es die vielen Qualitätsprogramme mit unangekündigten Kontrollen: QS, QM und DLG-Tierwohl Silber. Die geforderten Qualitätsstandards werden vom Handel gesetzt. Sorgen der Handel und ein funktionierender Markt dafür, dass mehr in Tierwohl investiert wird und der Landwirt einen besseren Milchpreis dafür erhält, muss der Staat hier mit einer Doppelregulierung nicht noch weitere Strukturen aufbauen.

Es gibt auch Veterinärkontrollen, wie meine Vorrednerinnen so gut ausgeführt haben. Irgendwann ist einmal Schluss. Was soll denn der Landwirt noch alles dokumentieren? Es braucht keine zusätzliche Bürokratie, die jetzt aufgebaut würde, wohl wissend, dass unsere Verwaltungen jetzt in einer Generation von Babyboomern ankommen und der Apparat schmaler werden wird, weil das Personal nicht mehr da ist.

Wir haben gute Informationen, ein gutes System am Markt, das die beste Qualität sichert, und ich kann Ihnen sagen – wenn ich das noch als Beispiel bringen darf –, dass die kleinen Sennereien auch das Vertrauen der Verbraucher durch Transparenz

und durch offenes Erklären erworben haben. Wir stellen fest, dass die Verbraucher im Grunde genommen ein tolles Produkt möchten. Wenn sie erklärt bekommen, dass die Kühe im Winter angebunden und im Sommer auf der Weide sind, dann können sie damit hervorragend umgehen. Wir brauchen also Transparenz in der Tierhaltung und Unterstützung bei den Betrieben, die Hilfe brauchen. Dafür brauchen wir garantiert keine Haltungsverordnung.

Manchmal kommt es mir so vor, als ob wir in einer Traumwelt des Bürokratiefestivals leben, die nicht am Markt abgebildet wird. Wenn ich mit den Molkereien spreche, dann erfahre ich nämlich, dass unsere hohen Standards vielleicht innerhalb Deutschlands ein bisschen am Markt bezahlt werden, aber wenn die Molkereien Produkte ins Ausland exportieren wollen, dann interessiert letztendlich die Haltungsform überhaupt niemanden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Ich kann Ihnen eines sagen: Ich will Politik für unsere Betriebe, die den Betrieben den Rücken stärkt, die hervorragende Lebensmittel produzieren und weiter erzeugen können, statt in Bürokratie zu ersticken. Das ist unser Ansatz, und deswegen lehnen wir diesen Antrag ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Es gibt eine Meldung zur Zwischenbemerkung vom Herrn Kollegen Paul Knoblach von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Paul Knoblach (GRÜNE):** Liebe Kollegin Müller, wir kennen uns schon eine Weile und wir schätzen uns auch, und das ist auch gut so. Ich bin mir nicht sicher, ob wir schon beim Du waren.

(Ulrike Müller (FREIE WÄHLER): Ja!)

– Dann gerne Du. Dir ist schon klar, wie mir auch: Es ist zu beklagen, dass wir ständig milchviehhaltende Betriebe verlieren. Ich sehe das genauso. Nur bisher haben wir diese Verordnung noch gar nicht. Es kann also nicht an einer solchen, wie du meinst, viel zu strengen Verordnung liegen, dass wir diese Betriebe verlieren. Woran liegt es denn dann?

**Ulrike Müller (FREIE WÄHLER):** Ich habe genau zu erklären versucht, dass wir eigentlich ein System haben, bei dem vonseiten des Lebensmitteleinzelhandels Qualitätsforderungen gestellt werden, die tatsächlich auch mit dafür verantwortlich sind, dass so viele Betriebe aussteigen. Wir haben ein funktionierendes System. Es gibt ein paar schwarze Schafe, die wir alle nicht haben wollen; da sind wir hundertprozentig einer Meinung. Aber es ist uns nicht damit gedient, durch eine Haltungsverordnung alle wieder unter Generalverdacht zu stellen, in Beugehaft zu nehmen und noch einmal doppelte oder dreifache Dokumentation zu fordern. Wir nutzen diese Möglichkeiten, die der Handel hat, diese Qualitätsprogramme, die wir haben, und diese Kontrollen der Beratung. Damit kommen wir bei unseren landwirtschaftlichen Betrieben weiter, um ihnen den Rücken zu stärken.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Vielen Dank, Frau Kollegin Müller. – Für die SPD-Fraktion hat nun Frau Kollegin Ruth Müller das Wort.

**Ruth Müller (SPD):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Der Antrag der GRÜNEN spricht ein echtes Problem an. Für Milchkühe fehlen bis heute bundesweit verbindliche Haltungsstandards. Das führt zu Unsicherheit für die Betriebe, für die Behörden und vor allem im Hinblick auf das Tierwohl. In Bayern reden wir über rund eine Million Milchkühe, aber nur noch etwa 22.000 Milchviehbetriebe. Jedes Jahr werden es weniger. Täglich geben Betriebe auf, und gleichzeitig arbeitet etwa die Hälfte der Betriebe noch mit Anbindehaltung. Das zeigt doch ganz klar: Der Umbau hin zu mehr Tierwohl läuft, aber er ist noch lange nicht abgeschlossen.

Genau deshalb braucht es eine Politik mit Augenmaß. Unser Maßstab ist die gesunde Landwirtschaft: gesunde Tiere, gesunde Lebensmittel und gesunde wirtschaftliche Betriebe. Denn was bringt die beste Verordnung, wenn sie am Ende dazu führt, dass immer mehr Höfe aufgeben? Wenn wir uns die Realität in den bayerischen Bauernhöfen anschauen, dann sehen wir, dass die Milchpreise unter Druck stehen und viele Betriebe heute nicht wissen, ob sich Investitionen in neue Ställe morgen überhaupt noch rentieren. Gleichzeitig erwarten wir von den Betrieben, dass sie Millionen in den Umbau investieren. Das passt nicht zusammen.

Deshalb sagen wir als SPD ganz klar: Wenn wir höhere Tierwohlstandards wollen, dann müssen wir auch für faire wirtschaftliche Rahmenbedingungen sorgen. Dazu gehört für uns auch, über Instrumente zur Stabilisierung des Milchmarktes zu sprechen, wie das Kriseninstrument des Bundesverbands Deutscher Milchviehhalter, das in Überschusssituationen die Produktion gezielt reduziert und so den Preis stabilisieren kann. Bei der Demo in München hat der bayerische Wirtschaftsminister versprochen, sich im Kabinett dafür einzusetzen. Bisher ist aber dazu noch nichts passiert.

Die Milchpreise sinken, und gleichzeitig steigen die Erzeugerpreise auch wegen der hohen Energiepreise. Aber nur wenn der Milchpreis stimmt, können Betriebe auch in Tierwohl investieren, und das ist der entscheidende Punkt. Wir unterstützen deshalb das Ziel, mehr Klarheit und bessere Standards zu schaffen, und stimmen deshalb dem Antrag der GRÜNEN zu.

Wir brauchen aber auch ein abgestimmtes Vorgehen, idealerweise auf Bundesebene, und vor allem echte Unterstützung für unsere landwirtschaftlichen Betriebe, die so aussehen könnte, dass es Förderungen für Stallumbauten geben kann, Planungssicherheit und verlässliche Rahmenbedingungen geschaffen werden; denn am Ende geht es um die Zukunft unserer bäuerlichen Landwirtschaft und um die Ernährungssouveränität, die wir erhalten wollen: vielfältig, regional und zukunftsfähig, auch für die nächste Generation. Genau das verstehen wir unter gesunder Landwirtschaft für die Zukunft.

(Beifall bei der SPD)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Vielen Dank, Frau Kollegin Müller.

– Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus empfiehlt die Ablehnung des Antrags.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 19/8242 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

– Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER und der AfD. Stimmenthaltungen? – Keine. Der Antrag ist abgelehnt.